

# Auftaktveranstaltung Flächensparen

---

**Montag, 18.03.2019 um 10:45 Uhr**

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Prinzregentenstraße 28, 80538 München

---

## Flächensparen aus Sicht der Bayerischen Wirtschaft

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Aiwanger,

meine Damen und Herren,

Vielen Dank für die Einladung!

Ich freue mich bei Ihnen zu sein!

Als Bayerische Wirtschaft befürworten wir traditionell einen sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

In den kommenden Wochen und Monaten wird die Staatsregierung klären, wie sie einen effizienteren Umgang mit Flächen erreichen will.

Als Entscheidungsgrundlage ist eine realistische und differenzierte Betrachtung der Ist-Situation nötig.

Zur Wahrheit gehört: Bayern ist ein Zuzugsland, das rasant wächst. Mit über 13 Millionen Einwohnern leben so viele Menschen im Freistaat wie nie zuvor.

Allein zwischen 2014 und 2017 stieg die Zahl der Bewohner um 2,4 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in diesem Zeitraum um 6,9 Prozent.

Bayern hat in den vergangenen Jahren jedoch weit weniger neue Flächen für Verkehr und Besiedelung zur Verfügung gestellt als es Zuzug und Wirtschaftswachstum entsprechen würde.

Siedlungs- und Verkehrsflächen sind zwischen 2014 und 2017 nur um 1,5 Prozent gewachsen.

Eine spürbare Folge ist: Das Angebot an Wohnraum, aber auch an Wirtschaftsflächen, wird knapper und teurer.

Zur Wahrheit gehört: Die Energiewende sorgt für erheblichen Flächenbedarf.

Zwischen 2014 und 2017 stieg der Flächenanteil zur Versorgung mit Wasser, Strom, Gas und Wärme um 7,3 Prozent.

Zur Wahrheit gehört: Die Landwirtschaft hat zwischen 2014 und 2017 0,6 Prozent ihrer Ackerflächen und 0,3 Prozent ihres Grünlands verloren.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Landwirtschaft nicht zum Verlierer der bayerischen Flächenpolitik wird.

Zur Wahrheit gehört: Eine starre Begrenzung des Flächenverbrauchs raubt Kommunen ihre wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven und schafft zusätzliche Bürokratie.

Wachsende Gemeinden könnten keine Wohn- und Gewerbegebiete mehr ausweisen, wenn es erforderlich ist. Sie kommen nicht zur Entfaltung. Diese Gefahr müssen wir ausschalten!

Es gibt eine Fülle an Möglichkeiten, effizienter mit Flächen umzugehen.

– Verdichteter Wohnungsbau,

- Revitalisierung von Brachen
- oder effizienterer Straßenbau

sind nur Beispiele, an denen bereits gearbeitet wird.

Ich möchte drei weitere Überlegungen ins Spiel bringen, die anders geartet sind und bisher zu kurz kommen.

Erstens: Die Versiegelung muss zentrale Kategorie der Flächenpolitik sein.

Die Debatte konzentriert sich derzeit auf die Umwidmung von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke.

Diese sind in Bayern allerdings nur zur Hälfte versiegelt. Auch ökologisch hochwertige Gärten und Grünzüge an Straßen gehören dazu.

Hoher Baubedarf und weniger Umwidmung führt zu einer Verdichtung, die schnell Infrastrukturengpässe und Verlust von Grün im Siedlungsraum nach sich zieht. Für die

ökologische Aufwertung unserer Umwelt erreichen wir damit wenig.

Deshalb schlagen wir als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft vor, an Stelle der Umwidmung die Versiegelung als zentrale Kategorie der Flächenpolitik zu adressieren.

Damit schützen wir unsere Kommunen auch vor einer Überlastung der Infrastruktur. So vermeiden wir beispielsweise, dass Kanäle Regenwasser, das nicht mehr versickert, nicht aufnehmen können.

Vor solchen Szenarien warnt die mit entsprechenden Risiken gut vertraute Versicherungswirtschaft ausdrücklich.

Um voranzukommen, benötigen wir Geodaten-Systeme, die neben der Flächenverwendung auch den Versiegelungsgrad abbilden.

Diese Systeme sind noch nicht im Einsatz. Unseres Wissens sind sie bei der

Vermessungsverwaltung aber bereits im Aufbau.

Zweitens: Wir müssen Verdichtungspotenziale besser nutzen.

Zum Wohnungsbau haben wir als vbw dazu schon Einiges eingebracht:

- eine Lockerung der Obergrenzen zur baulichen Nutzung,
- die Reduktion von Mindestabstandsflächen,
- die Überbauung bereits versiegelter Fläche
- und die Aufstockung von Wohngebäuden in Leichtbauweise.

All das umzusetzen ist jedoch weder rechtlich noch praktisch einfach. Und es benötigt Zeit – ganz besonders im Bestand.

Den Einsatz diverser Zwangsmittel zu Lasten privater Eigentümer, der in dem Kontext

diskutiert wird, lehnen wir ab. Hier sind Konsens-Lösungen notwendig.

Wir müssen es außerdem vermeiden, dass der hohe Druck im Wohnungsbau zu Lasten von Gewerbeflächen geht. Das können wir uns nicht leisten.

Deshalb halte ich zweierlei für wichtig:

- Gewerbeflächen müssen gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.
- Notwendig ist zudem eine konkrete Auseinandersetzung damit, wie bestehende Gewerbeflächen noch effizienter genutzt werden können.

Ich rege an, in Abstimmung zwischen Staat, Kommunen und Wirtschaft geförderte Pilotprojekte aufzusetzen, die damit verbundene Herausforderungen systematisch aufarbeiten.



Drittens: Wir müssen die Ausgleichsflächenpolitik weiterentwickeln.

Hier wird bislang zu häufig nach „Schema F“ verfahren. Doch eine bloße Stilllegung ohne Konzept wird den Herausforderungen, die sich mit Ausgleichsflächen verbinden, nicht gerecht.

- Zunächst müssen Landwirte in der Lage sein, durch die nachhaltige Bewirtschaftung von Ausgleichsflächen Auskommen zu erzielen.

Die Ökoagentur der BBV LandSiedlung hat hierzu sinnvolle Modelle entwickelt.

- Ein weiterer Stellhebel: Ausgleich wird auch geschaffen, wenn Siedlungsraum ökologisch aufgewertet wird – etwa auf Dachflächen oder zwischen Wohn- und Gewerbebauten. Die entsprechenden Möglichkeiten werden bisher zu wenig genutzt.

- Schließlich sollten Ausgleichsflächen deutlich konsequenter genutzt werden, um Biotopverbünde zu schaffen. Derzeit werden in Bayern über 400 BayernNetzNatur-Projekte umgesetzt – alle auf freiwilliger und kooperativer Basis.

Meine Damen und Herren,

in der bayerischen Flächenpolitik sind ideologische Scheuklappen fehl am Platz.

Als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sind wir der Ansicht, dass eine maßvolle Flächenpolitik und der Schutz der Natur immer in Einklang mit wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen stehen müssen.

Vielen Dank!